

# Piezker

Sommer 2016



## Bäume in der Fußgängerzone



### 40 Prozent der Bäume sollen weg! Wie sehen Sie das ?



Elisabeth Burchacky, Teamassistentin

„Ich halte die Argumente der Stadt für vorgeschoben. Das ist doch alles Quatsch. Die Bäume sollen bleiben.“



Elisabeth Engels, ehem. Dozentin der Frechener VHS

„Die geplante Baumfäll-Aktion ist eine Riesenverschwendung. Meine Enkelin besucht das Frechener Gymnasium. Da könnte man mit dem Geld viel Gutes tun.“



Michael Klein, Elektriker aus Wesseling

„Die Versteppung der Innenstädte nimmt überhand. Bevor man zur Axt greift, sollte man in Wesseling mal gucken gehen, wie das dann aussieht.“



Roland Keimes, Disponent bei einem Apothekenzulieferer

„Ich finde das Scheiße, obwohl man das Wort nicht sagt. Man kann doch nicht alles abhauen, was einen stört.“



Mustafa Diler, Einzelhändler

„Die Bäume sind okay, sie sollen bleiben. Da machen die großen Bäume vor meinem Geschäft viel mehr Dreck, die haut man ja auch nicht um.“



Fabiana Ferreira, Kellnerin

„Ganz klar, die Bäume sollen bleiben. Was für eine verrückte Idee.“



Nasrin Aminzoy, Eiscafé-Betreiberin

„Sollten die Bäume tatsächlich behandelt werden müssen, soll man das doch tun und nicht gleich um fällen. Ich finde, man muss doch allem Leben gegenüber Wertschätzung erweisen. Das, was wir haben, ist wertvoll.“



Rita und Detlev Tiedemann, Rentner

„Wir glauben längst nicht alles, was wir hören. Wir sehen diese wunderbaren Bäume und die sollen bleiben.“

Fotos auf dieser Seite: Robert Langen, Kerpen

### Läuseterror und erboste Biermarkthändler

Als wenn die Stadt Frechen nicht dringendere Probleme hätte. Erstaunlich, mit welcher Vehemenz die CDU-Fraktion im Frechener Rathaus das Thema „Neue Bäume für die Fußgängerzone“ immer wieder nach vorne schiebt. Und deren Fraktionsvorsitzender Cornel Lindemann-Berk hat schwerwiegende Gründe: Pinkelnde Blattläuse terrorisierten die flanierenden Bürger, die dichten Baumkronen verstellten arglosen Fußgängern den Blick auf die nahende Straßenbahn und zweimal jährlich erregten sich die Bierbudenbetreiber über den Platzmangel und drohten angeblich mit Fernbleiben. Das alarmierte den CDU-Chef, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Aktivkreises ist, und brachte ihn auf die Idee, 40 Prozent der Bäume zu entfernen und für den Rest der Bäume Ersatzbepflanzungen durchzuführen.

Rund eine Viertelmillion soll das Ganze kosten, Genaueres weiß man nicht, denn die genauen Zahlen ließ man im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung Bauen, Verkehr und Umwelt behandeln. Offenbar scheut man die Öffentlichkeit.

„So etwas ist mit uns nicht zu machen,“ so SPD-Fraktionsvorsitzender Hans Günter Eilenberger, und weist darauf hin, dass „die Anlieger bereits ihren finanziellen Beitrag im Rahmen der Erschließungskosten geleistet haben. Das Ganze ist doch eine Provinzposse. Eine horrende Summe für eine überflüssige Sache. Wenn die Stadt wirklich Geld zuviel hat, dann schau man beispielsweise auf die dringend notwendigen Schulsanierungen im Stadtgebiet, hier wäre die Viertelmillion Euro wirklich gut angelegt!“

# Erst rauswerfen, dann weitersehen

## Koalition will Mietvertrag mit IB im Kuckental kündigen

Vor einigen Jahren war noch vom „Sozialen Zentrum am Kuckental“ die Rede, als sich neben dem Internationalen Bund (IB) dort das Mehrgenerationenhaus, der Kinderschutzbund, die Frechener Tafel und das städtische Jugendzentrum „De Luxe“ angesiedelt hatten. Auch die CDU war damals voll des Lobes für dieses Projekt.

Hier sollte ein Zentrum entstehen, mit Hilfen aller Art: Berufsorientierung, Schuldnerberatung, Hilfen zur Überwindung sozialer Problemlagen und vieles mehr.

Nachdem das Mehrgenerationenhaus den Standort verlassen hat und auch der IB einiges verändern musste, ist es ruhiger geworden im Kuckental. Doch der Internationale Bund betreibt dort nach wie vor berufliche Eingliederung

von sozial benachteiligten Jugendlichen.

Nun, bei dieser Ruhe und angesichts knapper Kassen, kommt die Jamaika-Koalition mit der Idee, man könne das alte Handelsschulgebäude als Erweiterung für die Realschule nutzen. Allerdings



bestehen erhebliche Zweifel, ob das Gebäude dafür überhaupt geeignet ist. Eine Studie aus dem Jahre 2011

kommt zu dem Ergebnis, das bei einer Sanierung des alten Gebäudes „hohe Kosten“ zu erwarten wären, da „umfangreiche Erneuerungs- und Sanierungsarbeiten aufgrund breit gefächelter Wasserschäden vorzunehmen sind.“

Der Mietvertrag mit dem

IB soll aber schon mal gekündigt werden, ohne Kostenabschätzung für die Sanierung und ohne räumliche Alter-

native für den IB. Der Internationale Bund ist aber eine tragende Säule im sozialpolitischen Netzwerk unserer Stadt. Er kümmert sich besonders um Jugendliche ohne Chancen auf eine Berufsausbildung, die sonst untergehen würden.

Wie es mit dem IB weitergehen soll bleibt ungewiss, aber es sollen schon mal vollendete Tatsachen geschaffen werden. Die Damen und Herren der Koalition erklären zwar vollmundig, sie fänden die Arbeit des IB wichtig und möchten ihn in Frechen behalten, ihre Taten sprechen aber eine andere Sprache. Wenn der IB in Frechen aber keine entsprechenden Räume findet, dann werden die Jugendlichen entweder weite Fahrstrecken in Kauf nehmen müssen oder sie werden mal wieder mit ihren Problemen alleine gelassen.

Jürgen Weidemann

## In großer Sorge um unsere Volkshochschule

Die Personaldecke in der Frechener Volkshochschule ist mittlerweile so dünn, dass es keinen Ersatz für Ausfälle erkrankter Mitarbeiter mehr gibt. Die Folgen: Verwaltungsarbeiten bleiben liegen, Interessenten können sich nicht mehr für Kurse anmelden, Kursleiter erhalten ihre Honorare erst mit großer Ver-

spätung, Fehler bei der Postzustellung durch verkehrte Versandadressen und, und, und. Die Kursorganisation bei den dringend erforderlichen Integrationskursen gerät gefährlich ins Stocken. Die SPD-Fraktion fordert deshalb den Rat der Stadt Frechen auf, eine Lösung zu erarbeiten.

Und noch etwas: We-

gen Renovierungsarbeiten im Obergeschoss wurde das Sekretariat der VHS vorübergehend ins Erdgeschoss verlegt. Eine große Erleichterung für gehbehinderte und ältere Besucher, denen dadurch die lange Treppe erspart blieb.

Da unsere Forderung nach einem behindertengerechten Zugang zur Volkshochschule

durch einen Aufzug wohl auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird, fordern wir daher die dauerhafte Verlegung des Sekretariats ins Erdgeschoss, um wenigstens die Anmeldungen einfacher und bürgerfreundlicher zu bewerkstelligen.

## Stilles Örtchen in der Fußgängerzone

### – Immer noch nicht zugänglich

Die gute Nachricht: Endlich gibt es in der Frechener Fußgängerzone wieder eine barrierefreie öffentliche Toilette. Die schlechte Nachricht: Noch immer nicht hat das Unternehmen Rheinenergie

den Wasseranschluss weder installiert noch freigeschaltet. Damit haben behinderte Menschen auch weiter keine Möglichkeit, beim Einkaufen in der Fußgängerzone das stille Örtchen aufzusuchen. Die SPD

hatte sich immer wieder nachdrücklich für die Sanierung der Toilettenanlage eingesetzt und schließlich Erfolg. Warum nun fast ein Jahr nach der Fertigstellung die Freigabe nicht erfolgt, verstehe wer will.

**Impressum:** Nr. 8/2016

„Piekser“ ist eine Informationsschrift der Frechener SPD für alle Frechener Bürgerinnen und Bürger und erscheint in einer Auflage von 25.000 Exemplaren.

Redaktionsleitung:  
Friedhelm Tiefenbach  
V.i.S.d.P.: Ulrich Lussem,  
Keimesstraße 3, 50226 Frechen,  
Herstellung: Ulrich Lussem E-Mails  
bitte an: [info@ulilussem.de](mailto:info@ulilussem.de)  
[www.spd-frechen.de](http://www.spd-frechen.de)

# Auf „Deubel komm raus“ gespart und auf Kante genäht SPD lehnt den Frechener Haushalt 2016 ab

Nun ist er also verabschiedet, der Haushalt der Stadt Frechen für das Jahr 2016. Mit Hängen und Würgen ist Frechen gerade noch mal an der Haushaltssicherung vorbei gekommen. Die sogenannte Jamaika Koalition (CDU, Grüne und FDP) drehte hier ein bisschen und

da ein bisschen, erhöhte die Grundsteuer und die Gewerbesteuer gleich mit, sparte an der eigenen Abfallentsorgung auf Kosten der Bürger, an der Datenverwaltung, schob Wichtiges erst mal auf die lange Bank und überstimmte dann die SPD in der Ratssitzung mehrheitlich.

Sie wollen wissen, warum wir diesen Haushalt nicht tragbar finden und warum Sie und Sie und wir auch noch mit unseren

Steuern dafür zahlen sollen, dass man bei der Stadt seine Hausaufgaben nicht gemacht hat? Hier die Fakten für jedermann verständlich, knackig, ohne komplizierte Zahlen und in aller Kürze:

## An der Steuerschraube drehen und wichtige Finanzmittel streichen

Grundsteuer A und Grundsteuer B: Die letztere betrifft jeden Haushalt, sowohl Eigentümer als auch Mieter werden sie mit aufbringen müssen. Die wird nun im Haushalt 2016 ordentlich erhöht. Raten Sie mal, wer das zahlt.

Gewerbsteuer: Die Unternehmenssteuer wurde auch kräftig angehoben. Das trifft vor allem Gewerbetreibende.

Öffentlicher Personen-Nahverkehr: Unser Antrag, zusätzliche Fahrten der Straßenbahnlinie 7 in den Haushalt einzustellen, wurde hinweg gefegt. Zwar steht das auch im Koalitionsvertrag von CDU, FDP und Grünen, aber davon ist nicht mehr die Rede.

Mittel für Bildung: Von jeher ist es ein SPD-Grundsatz, dass Bildung kostenfrei sein sollte, damit alle die gleichen Chancen haben. Die Jamaika-Koalition wollte sich bei den Eltern der Kindergartenkinder kräftig bedienen, knickte erst unter dem Druck der Öffentlichkeit ein und schwenkte auf den SPD-Kurs um. Nun ist das Thema erst einmal vom Tisch, aber erst für 2016, im nächsten Jahr will man dann doch ran.

Auch die von uns geforderten Mittel für die Verbesserung der Offenen Ganztagschule, wie zum Beispiel für Sprachförderung, wurden gestrichen. Das trifft besonders viele Eltern, die auf eine bezahlbare Tagesbetreuung ihrer Schulkinder angewiesen sind.

## Hausaufgaben schlecht gemacht

Damit der Haushalt 2016 überhaupt genehmigt werden kann, muss die Kommunalaufsicht Rhein-Erft-Kreis ihn sozusagen absegnen. Dafür braucht sie die Jahresschlussbilanz 2013. Und die hat Frechen im Gegensatz zu allen anderen Städten im Kreis noch nicht fertig

## Der Rhein-Erft-Kreis saniert sich auf Kosten unseres Haushalts

Der Rhein-Erft-Kreis verlangt von allen Städten und Kommunen die sogenannte Kreisumlage, um Mittel für seine eigenen Ausgaben zu haben. Diese Forderung hält Frechen den Hals zu und sorgt mit dafür, dass wir in eine solche Schieflage geraten sind. Wir haben den Kreis aufgefordert, solidarisch mit den Städten zu sein und die Forderung zu reduzieren. HGE

## So sehe ich das

Seitdem wir wieder die Regierung in Düsseldorf stellen können, ist uns ein Thema besonders wichtig: Kein Kind zurücklassen. Ein ganz wichtiger Baustein dabei ist das Stichwort Bildungsgerechtigkeit durch Beitragsfreiheit. Wir haben das an den Universitäten geschafft und auch das dritte Kita-Jahr ist beitragsfrei. Mein Ziel ist die vollständige Beitragsfreiheit. Nun wurde versucht, in Frechen diese Entwicklung umzukehren: Abschaffung der Geschwisterkindregelung und heftige Erhöhung der Kindergartenbeiträge.



Sofort hat die Frechener SPD reagiert und die finanziellen Konsequenzen für die Eltern aufgezeigt. In Windeseile wurde unsere scharfe Kritik von der Bevölkerung aufgenommen und eine Welle der Empörung schwappte über die Jamaika-Koalition hinweg.

Diese hat dann im letzten Augenblick noch die Kurve gekriegt und sich gegen den Sparvorschlag ihrer eigenen Bürgermeisterin gewandt. So wurde die dann von ihren eigenen Parteifreunden zuerst im Jugendhilfeausschuss und später in der Ratssitzung abgewatscht, als die Jamaika-Koalition (CDU, Grüne, FDP) sich den Forderungen der SPD nach Beibehaltung der Beitragssätze angeschlossen hatte.

Aber noch ist dieses Unwetter nicht an uns vorbei gezogen: In seiner Haushaltsrede kündigte der CDU-Fraktionschef Cornel Lindemann-Berk (der mit den Blattläusen) an, die Kindergartenbeiträge im kommenden Haushalt erneut auf den Prüfstand zu stellen.

Es gilt also, wachsam zu bleiben und das Ziel der SPD, kostenfreie Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Uni zu erreichen, nicht aus den Augen zu verlieren. Hierfür haben Sie mein Wort.

Herzlichst

Ihre Brigitte Dmoch-Schweren – für Sie im Landtag aktiv!



Hans Günter Eilenberger,  
SPD-Fraktionsvorsitzender

# TTIP

## Vier Buchstaben, viele Fragen.

Bewusst haben wir die Informationsveranstaltung am 3. Juni mit Dr. Werner Rügemer als Referent so genannt. Der Königsdorfer Autor Jürgen Streich hatte die Moderation übernommen.

Vor vollem Saal im Schützenhaus (es mussten noch Stühle gebracht werden), berichtete Dr. Rügemer über die bisher bekannten Fakten zu TTIP aus arbeitsrechtlicher Sicht. Von den fast 2000 Seiten des Abkommens, die in kompliziertem Wirtschaftsenglisch geschrieben sind, liegt keine offizielle Übersetzung in deutscher Sprache vor. Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ist ein weites Feld, auf dem viele nicht immer richtige Informationen auf dem Atlantik hin- und herschwappen.

Die veröffentlichten Verhandlungsunterlagen haben gezeigt, wie weit die Positionen von EU und USA auseinanderliegen.

Vor allem am rechten wie am linken Rand des politischen Spektrums finden sich die Gegner von TTIP.

Die SPD-Gremien diskutieren noch eine vollständige Ablehnung oder eine Zustimmung, diese aber nur dann, wenn den Forderungen von SPD und DGB entsprochen wird.

Die SPD Frechen bleibt in jedem Fall zu TTIP im Gespräch mit interessierten Bürgern und veranstaltet am 17. November die nächste Infoveranstaltung zu TTIP.

## Offene Ganztagschule:

# Qualität gibt es nicht zum Nulltarif

Die Offene Ganztagsbetreuung in Grundschulen ist eingeführt worden, um „mehr Bildungsqualität und Chancengleich sicherzustellen und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern“, betont das NRW-Schulministerium auf seiner Webseite.

Aber es gibt Schönheitsfehler bei den Offenen Ganztagschulen (OGS), denn in der Praxis halten sie oft nicht, was sie versprechen. Von „Kinderverwahrung“ ist die Rede, von fehlendem Fachpersonal, unflexiblen und zu kurzen Be-

durch das Land finanziert und ist daher erheblich kostengünstiger. Die Stadt zahlt nur noch ca. einem Drittel der Kosten, dass fast vollständig durch die Elternbeiträge refinanziert wird.

So bleiben rund 200.000 Euro freiwillige Leistungen, die die Stadt Frechen jährlich für die Offene Ganztagschule aufbringt. Damit werden große Teile des Nachmittagsangebotes finanziert, wie Sport-, Musik-, Tanz- und andere Kreativangebote.

Trotzdem ist die OGS gemessen an ihrem pädago-

gische Mehrheit lehnte das ab. Auf der andern Seite will die Koalition aber ab 2017 die Elternbeiträge für die OGS erhöhen und erwartet dadurch mittelfristige Mehreinnahmen von ca. 400.000 Euro pro Jahr. Mit anderen Worten, die geplanten Erhöhungen der Elternbeiträge dienen nicht dazu, unser Bildungssystem zu verbessern, sondern zum Stopfen städtischer Haushaltslöcher.

Da mutet es nahezu grotesk an, wenn Vertreter/innen der Koalition während einer Fortbildung, in der es um pädagogischen Erfordernisse der OGS ging, Lobeshymnen darüber anstimmen, wie toll das in Frechen organisiert ist, wenn sie gleichzeitig die finanziellen Mittel verweigern, damit die geplante Qualitätsoffensive umgesetzt werden kann. Qualität gibt es nun mal nicht zum Nulltarif.

Das Recht auf Bildung ist in Deutschland leider keine Selbstverständlichkeit. Führende Erziehungswissenschaftler fordern deshalb einen weiteren Rechtsanspruch auf eine Nachmittagsbetreuung von Schulkindern. Schließlich sind wir eines der letzten Länder der Welt ohne verlässliche flächendeckende Schulkinderbetreuung.

Jürgen Weidemann



**Klettern: Ein typisches OGS-Projekt, leider nicht zum Nulltarif.**

treuungszeiten, fehlender Ferienbetreuung, usw.

Andererseits haben sie aber dazu geführt, dass es eine Schulkinderbetreuung nun auch da gibt, wo es vorher keine gab. Der Vorteil für die Kommunen: Die OGS wird

gischen Auftrag chronisch unterfinanziert. Die SPD-Fraktion hatte in den Haushaltsberatungen gefordert, den Ansatz zu verdoppeln, damit die anvisierten pädagogischen Ziele auch erreicht werden können. Die konser-

## Noch immer keine Info-Veranstaltung zum Thema Flüchtlinge am Herbertskaul

Die Unterbringung von Flüchtlingen im großen Stil macht die Frechener unsicher und schafft Ängste. Jeder hat etwas anderes gehört, es wird vermutet und spekuliert. Die SPD-Fraktion wollte diesen unhaltbaren Zustand nicht hinnehmen und forderte in

der letzten Ratssitzung eine Informationsveranstaltung für alle Bürger. Dem stimmte der Rat zu.

Passiert ist bis heute noch nichts. Die Stadtverantwortlichen haben es bis jetzt nicht geschafft, eine Informationsveranstaltung zu organisie-

ren, Interessierte einzuladen und Stellung zu nehmen.

Auch die vom Rat beschlossene zusätzliche Informations-Veranstaltung für die unmittelbar betroffenen Anwohner im Quartier steht noch immer aus. Völlig unverständlich.